144. Jahrgang/Nr. 96 – erscheint am Dienstag und Freitag – Einzelpreis Fr. 3.50 – AZ 6170 Schüpfheim

**Freitag, 2. Dezember 2022**

# Entlebucher Anzeiger

Die Zeitung für das Entlebuch und Wolhusen

**Sascha Eigenmann,** Werthenstein, ist an der Versammlung der SVP Werthenstein für den Kantonsrat nominiert worden. – **Seite 7**

**Fränzi Bieri,** Schüpfheim, wurde an der GV der Skilift Schüpfheim AG für die langjährige Führung des «Teehüslis» gedankt. – **Seite 21**

## Budget 2023 mit mehr Investitionen

**Schüpfheim** An der Gemeindeversammlung in Schüpfheim am Dienstagabend nahmen die 98 Stimmberechtigten den Aufgaben- und Finanzplan 2023 bis 2026 zur Kenntnis. Dazu genehmigten sie das Budget 2023 mit einem Aufwandüberschuss von rund 455 000 Franken und den Steuerfuss von 2,20 Einheiten einstimmig. Thematisiert wurden unter anderem das altersgerechte Wohnen, die Erweiterung der regionalen Sportanlage Moosmättili und die Sanierung des Schwimmbades Schüpfheim. [bc] **Seite 5**

## Blick aufs nächste Kirchenjahr

**Schüpfheim/Wolhusen** An den Kirchgemeindeversammlungen in Schüpfheim und Wolhusen wurden sowohl Budget als auch Steuerfuss genehmigt. Im Voranschlag 2023 rechnet Schüpfheim mit einem Ertragsüberschuss von rund 35 700 Franken, Wolhusen mit 59 800 Franken. Die beiden Budgetplanungen berücksichtigten unter anderem die steigenden Stromkosten. Weiter genehmigte die Versammlung in Wolhusen einen Sonderkredit von 321 000 Franken für Dachsanierung und Photovoltaikanlage. [EA] **Seite 16**

## Droht ein Baustopp beim Spital?

**Kantonsrat** Am Dienstag diskutierte das Parlament zum Spital Wolhusen. Dabei sorgten harsche Worte für rote Köpfe und die Regierung musste herbe Kritik einstecken. Die Rede war von Arbeitsverweigerung seitens der Regierung oder das Spital verkümmere zu einem besseren Samariterposten. Zu guter Letzt kündigte Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) eine Volksinitiative an. Darauf entgegnete der Regierungsrat, dass dies zu einem Baustopp führen könnte. Gegenstand der hitzigen Debatte war einmal mehr das Leistungsangebot des zukünftigen Spitals in Wolhusen. Zudem wurden fünf Einzelinitiativen aus fünf Fraktionen eingereicht. [Text EA/Bild sda] **Seite 11**

## FDP peilt zweiten Sitz an

**Region** An der Nominationsversammlung der FDP Wahlkreis Entlebuch stellte sich die heutige Kantonsrätin Sabine Wermelinger den Fragen von Hanspeter Streit, Wahlkreis-Vizepräsident (Bild). Neben der Flühlerin wurden drei weitere Personen nominiert, davon eine zweite Frau. Die Liste sei zwar noch nicht voll, aber ein zweiter Sitz werde angestrebt, hiess es an der Versammlung. [Text und Bild jur] **Seite 9**

## «Gwundrig» auf die Brattig?

**Kulturraum** In der 200-seitigen Entlebucher Brattig 2023 dreht sich alles um das Thema «gwundrig». Beim Durchblättern wird schnell klar, wie vielfältig dieses Thema ist – und wie tief verwurzelt der «Gwunder» in unserem Wesen verankert zu sein scheint. Von wo kommen meine Vorfahren? Wohin führt mich mein Interesse? Und wieso machen Verbotstafeln (Bild) so «gwundrig»? [Text EA/Bild Richard Portmann] **Seite 13**

**wochen** *notiz*

## *Spiel mit dem Feuer*

*Was soll künftig am Spitalstandort Wolhusen angeboten werden? Die Frage wird seit Jahren diskutiert. Die definitive Lösung steht noch aus. Und der Ton wird nicht sanfter. Die Debatte vom Dienstag dieser Woche im Kantonsrat hat es gezeigt (Bericht Seite 11). Drei dringliche Vorstösse in dieser Sache wurden diskutiert – und die Regierung, namentlich Gesundheitsdirektor Guido Graf, hatte einiges einzustecken. Marcel Budmiger von der SP warf ihm Arbeitsverweigerung vor, Bernhard Steiner von der SVP nannte das, was in Wolhusen geplant wird, einen «besseren Samariterposten». Guido Graf verwahrte sich gegen beides und bat eindringlich, endlich damit aufzuhören, den Standort Wolhusen schlechtzureden. Dort habe man dies satt und es zögen Mitarbeitende weg, die nicht mehr zurückkämen.*

*Einiges davon, was am Dienstag gesagt wurde, kann man der Kategorie Ablenkungsmanöver, Ernüchterung oder vorgezogener Wahlkampf zuordnen. Vorgezogener Wahlkampf (und hoffentlich nur das) ist auch die wiederholte Ankündigung von Bernhard Steiner, seine Partei werde eine Volksinitiative starten, um im neuen Spital Wolhusen die medizinische Grundversorgung gesetzlich sicherzustellen. Das ist tatsächlich, wie Adrian Nussbaum von der Mitte sagte, ein Spiel mit dem Feuer. Die Durchlaufzeit einer Volksinitiative von der Lancierung bis hin zum Inkrafttreten der Gesetzesänderung dauert lange, im Fall von Wolhusen zu lange. Die Inbetriebnahme des Spitals würde weiter verzögert; vielleicht käme es sogar zu einem Baustopp. Da sind die Einzelinitiativen, die am Dienstag aus fünf Fraktionen (darunter auch der SVP) eingereicht wurden, der bessere und elegantere Weg. Sie erlauben es dem Parlament selbst, das Heft in die Hand zu nehmen und das Gesetz anzupassen. Noch bleibt Zeit, vernünftig zu werden.*

**Josef Küng**
*Redaktor*

**heute** *im EA*

**dorf***platz*

**Der Gemeinderat orientiert**
Escholzmatt-Marbach setzt Energiesparmassnahmen um und rät, die Empfehlungen von Bund und Kanton zu beachten. **Seite 4**

**Bedeutung des Waldes**
Revierförster Fredy Mahnig referierte am Gesprächsabend des Vereins «Wolhuser Forum für Geschichte». **Seite 7**

**ea***club*

**Dankeschön für treue Leserschaft**
EA-Abonnenten können mit dem EA-Club hinter die Kulissen des Luzerner Theaters schauen. **Seite 12**

**sport***art*

**Drei verdiente Punkte**
Die U23-Juniorinnen des VRE siegten gegen Steinhausen mit 3:0 und bleiben somit an der Tabellenspitze. **Seite 22**

**aus***gelesen*

**Sie machen multimediale Kunst**
Die Zwillinge Ruth und Rebecca Stofer werden mit ihren Video- und Soundprojekten immer bekannter. **Letzte Seite**

50048
9 771660 635000

**Redaktion: Telefon 041 485 85 95, Internet: www.entlebucher-anzeiger.ch, E-Mail: redaktion@entlebucher-anzeiger.ch – Inserate: Telefon 041 485 85 85, E-Mail: inserate@entlebucher-anzeiger.ch**

# Auch regionale Asylunterkünfte möglich

November-Session **des Kantonsrats**

*Die Luzerner Gemeinden sollen dem Kanton auch gemeinsam regionale Asylunterkünfte zur Verfügung stellen können. Dies hat der Kantonsrat entschieden. Er hofft, dass es damit für die Gemeinden leichter wird, die benötigten Plätze zu organisieren.*

Das Parlament überwies am Dienstag mit 108 zu 0 Stimmen ein als dringlich eingereichtes Postulat von Daniel Rüttimann (Mitte, Hochdorf). Der Regierungsrat unterstützte Rüttimanns Forderung. Regionale Lösungen könnten einen Beitrag dazu leisten, dass Luzern die ihm vom Bund zugewiesenen Flüchtlinge unterbringen könne, erklärte er in der schriftlichen Antwort.

Nach Angaben des Regierungsrats ist es bereits heute möglich, dass Gemeinden regionale Flüchtlingsunterkünfte anbieten. Die regionalen Lösungen seien bislang aber in der kantonalen Asylverordnung nicht explizit erwähnt worden.

### Gemeinden in der Pflicht

Wollen Gemeinden gemeinsam eine Unterkunft anbieten, müssen sie eine Vereinbarung abschliessen, die etwa die Kosten regelt, wie der Regierungsrat festhält. Sozialdirektor Guido Graf (Mitte) sagte zudem im Rat, dass solche regionale Lösungen nicht vom Kanton angeordnet werden könnten. Die Initiative müsse von den Gemeinden kommen.

Jede Luzerner Gemeinde muss, basierend auf ihrer Bevölkerungszahl, dem Kanton eine gewisse Anzahl Plätze für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Wer das Soll nicht erreicht, kann vom Kanton mit einer Ersatzabgabe belegt werden. Die aktuelle Lage zeige, dass es für die allermeisten Gemeinden seit Monaten schwierig sei, ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen, erklärte Rüttimann in seinem Vorstoss.

### Baurecht setzt Grenzen

Martin Birrer (FDP, Emmen) wollte deswegen vom Regierungsrat in einer dringenden Anfrage wissen, ob es angesichts der Notlage möglich sei, auch nicht zonenkonforme Unterkünfte zu schaffen. Gemäss der Antwort des Regierungsrats müssten solche Erleichterungen für die Unterbringung von Hilfesuchenden vom Bund vorgesehen werden. In Meggen ist der Bau einer Containersiedlung durch eine Einsprache blockiert. Birrer fragte den Regierungsrat, ob in der Notlage nicht das Einsprachrecht aufgehoben werden könnte. Dieser erklärte, dass dies unzulässig wäre.

### SVP befürchtet Benachteiligungen

Angela Lüthold (SVP, Nottwil) forderte mit einer dringenden Anfrage zum Schutzstatus S. Es kämen aus der Ukraine Personen mit Hab und Gut in die Schweiz. Einige hätten Haustiere, Pferde und teure Autos bei sich. Lüthold (die im Parlament abwesend war) befürchtete Missbrauch bei der Asylsozialhilfe und eine Benachteiligung der Einheimischen.

Ruedi Amrein (FDP, Malters) sagte, der Blick solle auf das grosse Bild gerichtet werden. Man solle sich nicht in solchen Fragen aufreiben. Jörg Meyer (SP, Adligenswil) pflichtete Amrein bei. Menschen in der Ukraine würden für uns frieren und sterben, sagte er. Auch Thomas Oehen (Mitte, Aesch) rief dazu auf, sich nicht von Einzelfällen oder vom Hörensagen leiten zu lassen. Marcel Budmiger (SP, Luzern) warf der SVP vor, Gerüchte in die Welt zu setzen, um sie zu skandalisieren. [sda/EA]

# Verein Pro Spital für politischen Weg

**Wolhusen/Region** An der Novembersession des Kantonsrates haben Vertreterinnen und Vertreter aus den Fraktionen FDP, Grüne, Mitte, SP und SVP je eine gleichlautende parlamentarische Einzelinitiative eingereicht (siehe Bericht auf Seite 11). Diese politische Geschlossenheit über fünf Fraktionen hinweg sei ein aussergewöhnlich starkes Zeichen dafür, dass eine Mehrheit des Kantonsrates für die Sicherung der stationären medizinischen Grundversorgung an den Landspitälern Sursee und Wolhusen einsteht, schreibt der Verein «Pro Spital Wolhusen» in einer Mitteilung. Dazu meint Vereinspräsidentin Christine Bouvard Marty: «Damit kann für das Angebot am Spital Wolhusen und auch für die Bevölkerung sowie für das verunsicherte Personal zeitnah Sicherheit geschaffen werden. Es trägt auch wesentlich dazu bei, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.»

Die Lancierung der von der SVP angekündigten Volksinitiative werde vom Verein als riskant beurteilt. Dieser Weg würde sowohl für die Bevölkerung, die Hausärzteschaft wie auch für das Spitalpersonal mindestens zwei Jahre weitere Unsicherheit mit negativen Folgen bedeuten, insbesondere droht der Baustopp, heisst es weiter in der Mitteilung. Konkrete Forderungen der Initiative würden aktuell nicht vorliegen, deshalb sei eine Beurteilung auch noch nicht möglich. «Pro Spital Wolhusen» sei mit einer Vertretung der SVP im Gespräch, so die Mitteilung. [pd]

**eindrücke** *aus dem Kantonsrat*

# Harte Debatten und überparteiliches Miteinander

**Kantonsrätin Vroni Thalmann, SVP, Flühli**

Am Montag und Dienstag fand die letzte Session des Luzerner Kantonsrates in diesem Jahr statt. Auf der To-Do-Liste standen 77 Traktanden. Von den 16 Botschaften wurden sechs auf die Januarsession 2023 verschoben. Auch von den Vorstössen wurden viele ins neue Jahr verschoben. Die Ratsleitung hat bereits angekündigt, dass die Arbeitszeiten pro Tag um eine Stunde erhöht werden, damit die Abarbeitung dieser Traktanden erfolgreich vonstatten gehen kann. Die eineinhalb Stunden, die wir am ersten Sessionstag zugunsten des Fussballspiels Schweiz-Brasilien gestrichen haben, holen uns nun wieder ein. Es blieben über 40 Traktanden unerledigt.

▪

Bis letzten Freitag wurden noch zehn dringliche Vorstösse eingereicht, die in der gleichen Session beantwortet werden müssen, falls die Dringlichkeit durch den Kantonsrat beschlossen wird. Es waren acht Anfragen und ein Postulat, die dringlich gesprochen wurden. Darunter jene drei Anfragen über das Spital Wolhusen. Dort hat es dann tatsächlich eine geschlossene überparteiliche Zwei-Drittel-Mehrheit gegeben, was nicht oft der Fall ist. Leider hat es der dringliche Vorstoss für den Wolf nicht geschafft. Dort gabs dann zu viele Abweichler.

Die Diskussion über das Spital Wolhusen wurde leider zu einem Bashing der SVP. Statt über die Sache zu sprechen, warfen uns die anderen Parteien vor, wir wollten mit der Ankündigung einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung Wahlkampf betreiben. Es ist doch klar, dass eine Initiative wie wir sie planen, doch zuerst besprochen sein muss und es klar abzumachen gilt, was damit erreicht werden soll. Und genau das ist der Punkt. Alles immer schönreden und dazu noch nicken, wenn man innerlich kämpfen möchte, tut unserer Gesundheit nicht gut. Es ist richtig, die wunden Punkte anzusprechen, bis darüber debattiert wird. Das hilft weiter! Für mich heisst das vor allem eine ehrliche, gelebte politische Mitwirkung – was am Schluss durchaus in einem Konsens münden kann.

▪

Immer wieder wird versucht, die Struktur des Parlamentes abzuändern. So erlitt der Vorstoss, die Regierung von fünf auf sieben Mitglieder aufzustocken, eine deutliche Abfuhr. Klar ist die letzte Reform schon mehr als 20 Jahre her, aber viele erinnern sich noch, dass das Luzerner Volk sich mit grosser Mehrheit für die Verkleinerung der Anzahl Regierungsräte ausgesprochen hat. Diese Verkleinerung kam zustande, weil für dieses Anliegen Unterschriften gesammelt wurden. Klar, ginge es in einer Kantonsratssession viel einfacher, aber das wäre nicht im Sinne der Demokratie. Was das Volk eingibt und darüber abstimmen lässt, soll wieder vom Volk neu beurteilt werden. Also wäre eine Unterschriftensammlung das richtige Instrument für eine Vergrösserung der Exekutive auf sieben Mitglieder. Für mich stimmt die jetzige Situation mit fünf Regierungsräten, darum lehnte auch ich diese Motion mit einem Drücken auf die Minustaste ab.

▪

Neben den ganzen Diskussionen durfte ich auch noch das gesellschaftliche Leben unter uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten auf meine musikalische Art fördern. Nach einer Pause von zwei Jahren fragte ich den Kantonsrat an, wer beim freien Singen wieder oder neu mitmachen möchte. Es entstand mit 30 Personen eine stattliche Gruppe zum Singen und Musizieren. Mit dem Akkordeon bespielte ich Audios der Lieder in unsere Whatsappgruppe und so konnten wir in dieser Session an zwei Proben über den Mittag unseren Auftritt beim Adventshöck nach Sessionsende gemeinsam proben. Es hatte sehr gute Männer-Stimmen und auch Jodlerinnenstimmen mit dabei.

Ich spielte Akkordeon und Roger Zurbriggen eine Mundharmonika, was sehr gut zum Chorklang passte. Süsser die Glocken nie klingen – Leise rieselt der Schnee und Wiehnachtsglogge, ein Jodellied von Ernst Sommer, haben wir mit viel Fleiss im Innenhof des Regierungsgebäudes gesungen. Direkt neben dem wunderbar geschmückten Weihnachtsbaum. So durfte der Chor alle Ratsmitglieder mit etwas Herzwärme in die hoffentlich etwas ruhigere und besinnliche Adventszeit aufbrechen lassen. Auf alle Fälle haben sich alle gefreut und sangen und schaukelten beim Schlusslied «alls was bruuch» mit leuchtenden Augen mit. Für die bevorstehenden Festtage wünsche ich allen Leserinnen und Lesern des Entlebucher Anzeigers wundervolle Momente im Kreise ihrer Liebsten.

«Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessionen des Kantonsparlaments.

**kurz** *gemeldet*

### «Gewaltschutzambulanz» für Luzern

Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt sollen im Kanton Luzern in einem spezialisierten Krisenzentrum behandelt und beraten werden. Der Regierungsrat empfiehlt dem Kantonsrat, ein Postulat von Melanie Setz (SP), welche eine solche «Gewaltschutzambulanz» fordert, zu unterstützen. Ziel sei es, dass medizinische Stellen, Opferberatungsstellen und die Strafverfolgung besser zusammenarbeiten könnten, erklärte die Kantonsrätin in ihrem Vorstoss. Heute würden die Beweise nach einer Tat oft nur dann gesichert, wenn zeitgleich ein Strafverfahren eröffnet werde. Eine vom Strafverfahren unabhängige Beweissicherung würde den Opfern die Möglichkeit eröffnen, selbstbestimmt zu entscheiden, ob und wann sie Anzeige erstatten wollen. [sda]

# Stabile bis tiefere Sozialhilfequote

**Region:** Zentralschweizer Kantone ziehen Bilanz

*Die sechs Kantone der Zentralschweiz haben im zweiten Jahr der Corona-Pandemie stabile bis rückläufige Sozialhilfequoten verzeichnet. Das teilten die Kantone am Dienstag gemeinsam mit.*

Der Kanton Luzern unterstützte im letzten Jahr insgesamt 9839 Personen mit wirtschaftlicher Sozialhilfe. Das entsprach wie im Vorjahr 2,4 Prozent der Wohnbevölkerung. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger nahm damit gegenüber dem Vorjahr leicht ab.

Im Kanton Zug zeigt sich ein ähnliches Bild. Der Kanton unterstützte insgesamt 1912 Personen mit Sozialhilfe. Die Quote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent. Sie liegt tiefer als jene der übrigen Zentralschweiz insgesamt, die seit drei Jahren bei 1,9 Prozent liegt.

### Obwalden und Nidwalden am tiefsten

Im Kanton Schwyz bezogen im letzten Jahr insgesamt 2365 Personen wirtschaftliche Sozialhilfe. Die Quote blieb unverändert bei 1,5 Prozent. Im Kanton Uri waren es 469 Personen, die Sozialhilfe bezogen. Die Quote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 1,3 Prozent.

Die tiefsten Sozialhilfequoten weisen nach wie vor die Kantone Obwalden und Nidwalden aus. In Nidwalden bezogen 453 Personen Sozialhilfe. Das entspricht 1,0 Prozent der Wohnbevölkerung. Die Quote blieb damit konstant, wie es in der Mitteilung weiter heisst.

In Obwalden mussten 388 Personen auf das Sozialamt. Das waren leicht mehr als im Vorjahr. Die Sozialhilfequote blieb unverändert bei 1,0 Prozent. Die Zentralschweiz hat insgesamt Sozialhilfequoten, die unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 3,2 Prozent liegen. [sda]

# Billigere Variante für Umfahung in Eschenbach

Der **Kanton Luzern** will zwei Einzelprojekte statt einer Umfahrung

*Der Kanton Luzern hat die Umfahrung in Eschenbach überprüft und eine günstigere Lösung gefunden. Bei dieser würde der Verkehr weiterhin durch das Gewerbegebiet in Eschenbach rollen. Mit zwei Einzelprojekten statt einer Gesamtumfahrung liessen sich 100 Millionen Franken sparen.*

Um die staugeplante Region um Eschenbach und Inwil zu entlasten, hatte der Kanton verschiedene Massnahmen geprüft und im Sommer eine Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) dazu veröffentlicht. Die Variante «Ost kurz überdeckt Mettlen-Acher» war daraus mit 360 Millionen Franken als beste Umfahrungslösung hervorgegangen.

Doch sämtliche fünf Umfahrungsvarianten schnitten schlechter ab als eine Lösung auf den bestehenden Strassen. Die sogenannte Null+/ÖV-Variante verzichtet auf eine Umfahrung und strebt stattdessen Verbesserungen auf dem bestehenden Strassennetz an. Eine solche Variante wurde ebenfalls bei der ZMB zur Umfahrung Wolhusen als Lösung ermittelt, welche am 24. November der Bevölkerung detailliert vorgestellt wurde (der EA berichtete).

Die Gemeinden Eschenbach und Inwil setzten sich allerdings für eine Umfahrung ein. In der Folge prüfte der Kanton Kostenoptimierungen, wie die Luzerner Staatskanzlei am Mittwoch mitteilte. Man habe die Sache zuerst grosszügig angesehen und auch das Industriegebiet entlasten wollen, hiess es beim Kanton auf Nachfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

### Weniger Tunnel- und Strassenbau

Die nun präsentierte optimierte Variante zeige aber auf, dass durch ein weniger umfangreiches Projekt deutlich gespart werden könnte. Sie besteht einerseits aus einer verkürzten Umfahrung «Eschenbach Ost», die das Gewerbegebiet Höndlen nicht umfährt. Damit entfallen ein Tagbautunnel von rund 300 Metern Länge und 700 Meter Strassenbau zwischen Rotli und Oberhofen. Die Kosten für diesen Teil betragen noch 240 Millionen Franken.

Anderseits ist eine kurze Umfahrung Oberhofen West geplant, die eine neue Strasse mit mehr Kapazität westlich des bestehenden Knotens bei Inwil vorsieht. Diese würde 20 Millionen Franken kosten. Das Verhältnis von Kosten und Wirksamkeit des optimierten Projekts sei positiv, schreibt der Kanton. Es schneide auch besser ab, als die bisher beste Umfahrungsvariante, weshalb man nun die zwei Einzelprojekte weiterverfolge.

### Gesamtbetrachtung fürs Seetal

Der Kanton erstellt derzeit eine Planungssynthese Seetal, die sich mit dem Verkehr in der Region befasst. Neben Eschenbach und Inwil sollen auch Massnahmen für Ballwil und Hochdorf aufgezeigt werden. [sda/EA]

Was soll im künftigen Spital Wolhusen angeboten werden? Und wie ist das verbindlich durchzusetzen? Das Thema sorgte am Dienstag im Kantonsrat einmal mehr für Diskussionen. [Archivbild EA]

# Erneute Aussprache zum Spital Wolhusen

November-Session **des Kantonsrats**

*Die Diskussionen um das Leistungsangebot des neuen Spitals Wolhusen reissen nicht ab. Im Kantonsrat haben einzelne Votanten am Dienstag erneut einen Vertrauensverlust beklagt. Der Regierungsrat mahnte, nicht alles schlecht zu reden. Aus fünf Fraktionen sind Einzelinitiativen eingereicht worden und die SVP hat eine Volksinitiative angekündigt.*

Gleich mit drei Vorstössen war für Dienstag eine dringliche Debatte zum Leistungsangebot des neuen Spitals Wolhusen verlangt worden. Die Anfragen kamen von Guido Roos (Mitte, Wolhusen), Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) und Marcel Budmiger (SP, Luzern). Das letzte Mal hatte das Parlament erst vor einem halben Jahr darüber gesprochen. Es sicherte sich dabei Mitbestimmungsrechte.

**Vorwürfe an Regierung**

Seit jener Debatte gab es nicht nur den Spatenstich für den Neubau, sondern auch einen runden Tisch. Noch immer herrsche aber eine gewisse Verunsicherung, erklärte Budmiger. Die Regierung sehe keinen Handlungsbedarf, das grenze an Arbeitsverweigerung.

Auch Guido Roos sprach von einem angeschlagenen Vertrauen im Einzugsgebiet des Spitals Wolhusen. Der Spitalrat mache, was er wolle und halte sich nicht an den Planungsbericht. Es gebe widersprüchliche Aussagen zum künftigen Leistungsangebot in den Landspitälern. Das Spitalgesetz lasse zu viel Spielraum offen. Er forderte für das Parlament mehr Möglichkeiten zur Einflussnahme. Roos wollte vom Regierungsrat wissen, welche Beschlüsse er zum Leistungsangebot gefasst habe.

Der Regierungsrat bekräftigte in seiner schriftlichen Antwort, dass er von der Idee, Wolhusen in erster Linie zum ambulanten Zentrum zu machen, abgerückt sei, dies weil eine sich allein auf Hebammen abgestützte Geburtshilfe dort nicht sinnvoll sei. Demnach sehe der Rahmen für das künftige Leistungsangebot je zwei ambulante und stationäre Operationssäle sowie 80 Betten vor, je 20 für die stationäre Grundversorgung inklusive Geburtshilfe sowie für die Orthopädie. 40 Betten sind für die Rehabilitation vorgesehen. Dazu kommt ein Sprechstundenangebot (siehe Kasten).

**Volksinitiative angedroht**

Bernhard Steiner zeigte sich mit dem angekündigten Leistungsangebot nicht zufrieden, das Spital werde ein «besserer Samariterposten». Er forderte, dass eine umfassende Basisversorgung angeboten werde, damit Notfälle in ihrer ganzen Breite behandelt werden könnten. Steiner kündigte, wie schon im Mai, eine Volksinitiative seiner Partei an, damit erreicht werde, dass in Wolhusen tatsächlich ein Spital der Grundversorgung gebaut werde.

Dies stiess auf Kritik. Eine Volksinitiative zum Leistungsangebot könnte zu einem Baustopp führen, erklärte der Regierungsrat. Dem schlossen sich mehrere Fraktionssprecher an. Für Adrian Nussbaum (Mitte, Hochdorf) wäre eine Volksinitiative ein Spiel mit dem Feuer; der Bau des Spitals könnte grundsätzlich gefährdet sein. Für Georg Dubach (FDP, Triengen) steckt in der angedrohten Volksinitiative «eine gehörige Portion Wahlkampf». Riccarda Schaller (GLP, Malters) sprach von Partei- und Partikularinteressen. Die emotionale Diskussion verunsichere die Bevölkerung. Die aktuelle Diskussion sei weder dringlich noch stufengerecht. «Die Arbeit läuft.» Vroni Thalmann (SVP, Flühli) hingegen fand, es brauche jetzt «etwas Griffiges», parlamentarische Einzelinitiativen und eine Volksinitiative. Sara Muff (SP, Sursee) bedauerte, dass immer von Gebäuden und dem medizinischen Angebot die Rede sei, nicht aber vom Gesundheitspersonal, das endlich eine Besserstellung verdiene.

**«Nicht alles schlechtreden»**

Gesundheitsdirektor Guido Graf (Mitte) gab Muff recht; es brauche auch die Mitarbeitenden. Budmigers Vorwurf der Arbeitsverweigerung wies er unter Verweis auf den runden Tisch zurück, ebenso Steiners Hinweis auf den «besseren Samariterposten». Es würden immerhin 135 Millionen Franken investiert.

Eindringlich wies Guido Graf darauf hin, dass man das dauernde Schlechtreden des Standorts Wolhusen dort satt habe. Mitarbeitende zögen weiter nach Luzern oder Sursee und kämen nicht mehr zurück. Fatal sei auch das Schlechtreden der Gesundheitsberufe im Allgemeinen. [sda/kü.]

## Das Leistungsangebot in Wolhusen

In der Antwort auf die am Dienstag behandelten dringlichen Anfragen hat der Regierungsrat dargelegt, welchen Rahmen er für das künftige Leistungsangebot am Spital Wolhusen gesetzt hat. Dazu gibt es einen formellen Regierungsratsbeschluss vom 5. Juli 2022.

- Es wird rund um die Uhr ein Notfalldienst angeboten, inklusive einer Notfall-Bettenstation. Die Notfallpraxis ist rund um die Uhr mit mindestens einem Facharzt oder einer Fachärztin an sieben Tagen die Woche besetzt.
- Insgesamt soll das Spital 80 Betten anbieten. Als Zielgrösse ist davon auszugehen, dass etwa 20 Betten für Behandlungen und Eingriffe im Rahmen der stationären Grundversor- gung (Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe/Gynäkologie) gebraucht werden und etwa 20 Betten für orthopädische Eingriffe. Der Fokus Orthopädie mit dem Schwerpunkt Gelenkersatz wird zu diesem Zweck ausgebaut. Zudem sollen etwa 40 Betten für die Rehabilitation mit dem Schwerpunkt muskuloskelettale Rehabilitation zur Verfügung stehen. Geburtshilfe soll wie bisher angeboten werden, nachdem ein unabhängiges Gutachten die Variante «hebammengeleitete Geburten» als zu wenig sicher beurteilte. Das Spitalgebäude soll möglichst flexibel und modular geplant werden, sodass spätere Anpassungen für ambulante und stationäre Angebote relativ einfach realisiert werden können. Ebenfalls muss eine allfällige spätere Erweiterung um etwa 20 Betten möglich sein. Rund 50 Betten müssen je nach Bedarf sowohl für die Rehabilitation als auch für die Akutversorgung genutzt werden können.
- Das Spital bietet ein umfangreiches Sprechstundenangebot an in unterschiedlichen Fachgebieten mit den entsprechenden medizinischen Einrichtungen wie konventionelles Röntgen, CT, MRI und Endoskopie. Die teleradiologische Befundung wird in Kooperation mit dem Standort LUKS Luzern betrieben.
- Es sind 4 OP-Säle vorzusehen (2 ambulant und 2 stationär).
- Für die Patientenüberwachung ist eine Intermediate Care Station (IMC) vorzusehen.
- Das Rettungsdienst-Angebot wird bedarfsgerecht ausgebaut. Bis zu drei zusätzliche Rettungsdienst-Fahrzeuge werden eingesetzt. Eine neue Einsatzbasis im Raum Entlebuch/Hinterland wird von der Rega geplant.
- Aus- und Weiterbildungsstellen sind weiterhin anzubieten. Auch soll das Spital weiterhin in das Praxisassistenzprogramm und das Luzerner Curriculum Hausarztmedizin einbezogen sein. [pd/EA]

## Fünf Einzelinitiativen eingereicht

Am Dienstag sind im Kantonsrat fünf Einzelinitiativen eingereicht worden, die alle denselben Wortlaut haben. Ziel ist es, das Spitalgesetz so zu ändern, dass an den Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen verbindlich «ein Spital mit mindestens einer ausreichenden, allen zugänglichen ambulanten und stationären medizinischen Grund- und Notfallversorgung» angeboten wird. Die heutige gültige Formulierung von Paragraph 8 würde es zulassen, in einzelnen dieser Spitäler – so auch in Wolhusen – bloss Rehabilitationsmedizin anzubieten.

Das Spezielle an den identischen Vorstössen ist, dass sie aus fünf Fraktionen kommen: Mitte, SVP, FDP, SP und Grüne. Guido Roos, der den Vorstoss für die Mitte eingereicht hat, erläutert den Zweck dieses Vorgehens: «Unsere gemeinsame Botschaft ist, dass das Parlament in dieser Sache das Feld nicht länger dem Regierungsrat überlassen, sondern das Heft selber in die Hand nehmen will.» Damit das Geschäft einer Kommission zugewiesen werden könne, brauche es eine Drittelszustimmung im Kantonsrat. Das werde angesichts der zahlreichen Unterzeichner der Vorstösse ein Leichtes sein und wohl schon in der Januar-Session geschehen. [kü.]

**kurz** *gemeldet*

### Anerkennungszulage für Privatpflege

Wer im Kanton Luzern Bedürftige pflegt und betreut, soll mit einer Zulage, nicht aber mit einem Steuerabzug entschädigt werden. Dafür hat sich der Kantonsrat am Dienstag bei der Beratung der «Privatpflege- und Betreuungsinitiative» ausgesprochen.

Die Initiative war von der Mitte eingereicht worden. Das Volksbegehren verlangt, dass Personen, die freiwillig und unentgeltlich Hilfsbedürftige pflegen und betreuen, 5000 Franken vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Der Regierungsrat arbeitete auf Geheiss des Parlaments einen Gegenvorschlag aus. Dieser sieht vor, dass, wer Angehörige pflegt, mit einer Zulage entschädigt wird sowie Gutscheine für entlastende Angebote erhält. Voraussetzung ist, dass die betreute Person «hilflos» ist und somit eine Hilflosenentschädigung bezieht.

In der Debatte vom Dienstag unterstützte verbal keine Fraktion die Initiative, auch die Mitte nicht. Ein Steuerabzug sei, wegen seiner einkommensabhängigen Wirkung, nicht der richtige Weg, um die geleistete Pflegearbeit anzuerkennen, hiess es. Der Kantonsrat stimmte aber noch nicht über die Initiative ab, er wird dies erst nach der zweiten Lesung des Gegenvorschlags tun. Dieser wurde nach erster Lesung mit 88 zu 21 Stimmen gutgeheissen. Die Nein-Stimmen stammten von der SVP. [sda]

### Personalisierte Tickets entzweien den Kantonsrat

Der Luzerner Kantonsrat hat kein Patentrezept gegen Gewaltausbrüche im Umfeld von Matches des FC Luzern. Eine Mehrheit sieht aber in personalisierten Tickets eine mögliche Lösung. Er hat am Dienstag ein Postulat mit 65 zu 44 Stimmen überwiesen. Daniel Rüttimann (Mitte, Hochdorf) forderte mit seinem Vorstoss den Regierungsrat auf, sich aktiv für Lösungen einzubringen, denn die Sachbeschädigungen und Gewalt gewisser Fangruppen seien ein unverständliches Ärgernis für die Bevölkerung. In der Debatte wurde dabei vor allem von den personalisierten Eintrittskarten gesprochen. Um diese zu verhindern, sprachen sich linke und bürgerliche Votanten gegen das Postulat aus. Personalisierte Tickets nützten nichts bei Gewaltereignissen ausserhalb des Stadions, hiess es etwa.Zur Zeit laufen schweizweite Abklärungen der Sicherheitsdirektoren von Kantonen und Städten und der Swiss Super League für ein Projekt zur Einführung personalisierter Eintrittskarten. [sda]

### Luzerner Regierungsrat bleibt ein Fünfergremium

Der Luzerner Regierungsrat wird auch in Zukunft aus fünf und nicht aus sieben Personen bestehen. Der Kantonsrat hat am Dienstag eine Motion von Rahel Estermann (Grüne, Luzern) mit 73 zu 33 Stimmen abgelehnt, die sich von einem grösseren Regierungsrat mehr Vielfalt versprach. Seit 2003 hat Luzern noch fünf Regierungsräte. [sda]

### Kantonsrat will beim Luzerner Theater mehr Einfluss nehmen

Der Luzerner Kantonsrat verstärkt seinen Einfluss auf den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe. Künftig soll der Regierungsrat die Leistungsvereinbarung mit dem Luzerner Theater der zuständigen Parlamentskommission zur Kenntnisnahme vorlegen, bevor der Zweckverband die Vereinbarung genehmigt hat. Der Kantonsrat hiess ein Postulat der Kommission Erziehung, Bildung, und Kultur (EBKK) mit 93 zu 10 Stimmen gut. Die EBKK begründete den Vorstoss damit, dass ein neues Luzerner Theater geplant sei und es zu umfangreichen betrieblichen Veränderungen komme. [sda]